

Zusatzbeiträge: hausgemacht und politisch vermeidbar

Gewarnt wurde lange – nun ist der Aufschrei groß. Die Ankündigung mehrerer großer Krankenkassen (Deutsche Angestellten Krankenkasse, KKH Allianz und mehrere Betriebskrankenkassen), in 2010 Zusatzbeiträge von den Versicherten einzufordern, hat die Diskussion um die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung neu entfacht. Während Gesundheitsminister Rösler versucht, die Einführung der Zusatzbeiträge als Sprungbrett für seine Pläne zu einem Systemwechsel in Richtung Kopfpauschale zu nutzen, geht selbst die Kanzlerin auf Distanz. Aus der Union werden sogar Drohungen an die Krankenkassen laut, das Kartellamt solle eingeschaltet werden.

So uneinig die Koalition auch reagiert, so klar ist deren Botschaft: Die Krankenkassen seien angeblich schuld an den ungeliebten Zusatzbeiträgen. Denn: Unmittelbar vor der wichtigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen kommt es bei den Wählerinnen und Wählern gar nicht gut an, wenn die ersten Bescheide über pauschale Zusatzbeiträge in der Post liegen. Dabei geht es nicht allein darum, dass die Versicherten – nach Praxisgebühr, Zuzahlungen und 0,9 %-Sonderbeitrag – wieder einmal einseitig zur Kasse gebeten werden. Die Diskussion zeigt, wie ungerecht die Zusatzbeiträge sind: So ist es ein großer Unterschied, ob eine Kassiererin oder ein Filialleiter acht Euro zusätzlich im Monat draufzahlen muss. Während die Kassiererin schon jetzt kaum weiß, wie sie über die Runden kommen soll, kann der Filialleiter die Zusatzbelastungen, die er im Zweifel gar nicht spürt, auch noch steuerlich absetzen. Dazu kommt: Auch Hartz IV-Bezieher müssen die Pauschale zahlen, und das, obwohl der Regelsatz nicht zum Leben reicht. Die Arbeitgeber dagegen bleiben fein raus – und zahlen nichts. Gerecht ist das nicht.

Das hat offenbar nun auch die Kanzlerin verstanden – schließlich ist sie mit der Kopfpauschale auch schon einmal baden gegangen und hätte 2005 einen sicher geglaubten Wahlsieg fast noch verloren. Die Menschen wollen einkommensunabhängige Kopfpauschalen nicht, weil sie dem Gerechtigkeitsempfinden extrem widersprechen. Zu Recht: Denn die gut Verdienenden mit einem Einkommen am Rande der Beitragsbemessungsgrenze (3.750 Euro) werden kaum oder gar nicht, Geringverdiener und Langzeitarbeitslose dagegen werden unverhältnismäßig stark belastet. Und dass die Arbeitgeber gar nicht beteiligt werden sollen, ist auch nicht in Ordnung.

Die Zusatzbeiträge sind Ergebnis des Gesundheitsfonds – und damit in der Verantwortung der Bundesregierung. Der DGB hat von Anfang an kritisiert, dass der Fonds unterfinanziert ist und die Zusatzbeiträge als einziges Ventil zum Ausgleich von Defiziten herhalten müssen. Die Kritik an den Krankenkassen ist also scheinheilig, denn die Große Koalition, die den Gesundheitsfonds eingeführt hat, hat dies so gewollt und einseitige, auch pauschale Mehrbelastungen der Versicherten sehenden Auges in Kauf genommen.

Auch die FDP kann sich einer Mitverantwortung nicht entziehen, schließlich wollte und will sie eine vollständige Umstellung auf Kopfpauschalen. Zu Recht in der Kritik steht vor allem Gesundheitsminister Rösler, der bislang nichts gegen die drohenden Zusatzbeiträge unternimmt.

Die Koalition muss schnell handeln, wenn sie in ihrer – wenn auch mehr vorgeblich als faktisch – kritischen Distanz zu den Zusatzbeiträgen glaubwürdig erscheinen will. Die Zusatzbeiträge sind politisch hausgemacht – und können ebenso politisch vermieden werden. Der Bund sollte dazu seinen Sonderzuschuss, der bislang allein die krisenbedingten Einnahmeausfälle der Krankenkassen ausgleichen soll, verdoppeln. Kosten: Vier Milliarden Euro. Dies entspricht dem Betrag, den der Bund den Kassen seit Jahren für Langzeitarbeitslose verweigert, denn für Hartz IV-Bezieher werden – pauschal – nur 125 Euro im Monat gezahlt. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben der Kassen pro Versichertem liegen jedoch bei 250 Euro. Durch eine entsprechende Aufstockung wäre das Defizit gedeckt, den Versicherten blieben Zusatzbeiträge erspart und die nächste, wirklich nötige Gesundheitsreform könnte in Ruhe diskutiert werden.

Minister Rösler hat auf den Vorschlag des DGB bislang nicht reagiert. Er träumt offenbar weiter von einem nebulösen „Sozialausgleich“, für den er allerdings zwischen 20 und 35 Mrd. Euro an Steuermitteln bräuchte. Wenn er es noch nicht einmal schafft, vier Milliarden zu mobilisieren, um die Zusatzbeiträge zu vermeiden, zeigt das deutlich, dass aus dem „Sozialausgleich“ für seine geplante Kopfpauschale nichts wird. Dann hätten wir die heute drohenden pauschalen Zusatzbeiträge in Großformat: Die Kopfpauschale pur. Sie macht aber alles nur noch ungerechter und entzieht der Gesetzlichen Krankenversicherung weitere Milliarden, indem die Gutverdiener und Arbeitgeber entlastet werden. Für die breite Masse bliebe nur der Weg zum Sozialamt. Die Versorgung für Millionen, die heute sicher und leistungsgerecht über ihr Einkommen krankenversichert sind, wäre dann gefährdet. Deshalb: Weg mit der Kopfpauschale – ohne Wenn und Aber.